

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

55. Sitzung

am Donnerstag, dem 3. Juni 2004, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Vorsitzender

Rolf Fischer (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Jutta Schümann (SPD)

i. V. für Dr. Henning Höppner

Jürgen Weber (SPD)

Sylvia Eisenberg (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

Veronika Kolb (FDP)

i. V. für Dr. Ekkehard Klug

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entschuldigte Abgeordnete

Uwe Greve (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| Tagesordnung: | Seite |
|--|--------------|
| 1. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes und des Hochschulzulassungsgesetzes | 4 |
| Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 15/3376 | |
| b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes (HSG) - Hochschulmanagement | |
| Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/3447 | |
| 2. Hochschulstudium im Bereich Elementarpädagogik | 5 |
| Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/3429 | |
| 3. Umsetzungsstand der Hochschulstrukturmaßnahmen | 6 |
| Mündlicher Bericht der Landesregierung | |
| 4. Schleswig-Holstein im „Bologna-Prozess“ | 7 |
| Bericht der Landesregierung Drucksache 15/3357 | |
| 5. Werkstattwochen an Hauptschulen | 9 |
| (auf Antrag der CDU-Fraktion; vergleiche Kleine Anfrage Drucksache 15/3435) | |
| 6. Verschiedenes | 10 |

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes und des Hochschulzulassungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3376

(überwiesen am 29. April 2004)

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes (HSG) - Hochschulmanagement

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/3447

(überwiesen am 27. Mai 2004)

Der Ausschuss beschließt, bis zum 31. Juli 2004 zu beiden Gesetzentwürfen Stellungnahmen einzuholen und darüber hinaus am 12. August 2004 eine Anhörung durchzuführen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Hochschulstudium im Bereich Elementarpädagogik

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3429

(überwiesen am 27. Mai 2004 an den **Sozialausschuss** und den **Bildungsausschuss**)

Der federführende Sozialausschuss wird gebeten, in Abstimmung mit dem Bildungsausschuss eine gemeinsame Anhörung durchzuführen und dabei die bildungs- und wissenschaftspolitischen Gesichtspunkte sowie die Position der Träger von Kindertagesstätten, insbesondere der kommunalen Landesverbände, zu berücksichtigen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Umsetzungsstand der Hochschulstrukturmaßnahmen

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 26. Mai 2004 zur abschließenden Beratung)

St Dr. Körner macht deutlich, dass es sowohl an der Fachhochschule Lübeck als auch an der Fachhochschule Flensburg darum gehe, neue, innovative Studienangebote aufzubauen, die im Wettbewerb der Fachhochschulen ein bestimmtes Profil auswiesen. Dazu gehöre an der Fachhochschule Lübeck die Integration von Bauingenieur- und Architekturausbildung. Auch beim Umzug des Studiengangs Maschinenbau von Heide nach Flensburg gehe es nicht um eine reine Verlagerung - die zugegebenermaßen nicht konfliktfrei verlaufe -, sondern um innovative Inhalte, Schwerpunktsetzung und Profilbildung.

Abg. de Jager erkundigt sich nach der Konzeption des in Rede stehenden Master-Studiengangs an der Fachhochschule Lübeck, bittet das Ministerium um eine schriftliche Erläuterung des so genannten integrativen Modells (früher so genanntes Lübecker Modell), problematisiert die Inanspruchnahme des Innovationsfonds zur Deckung von Umzugskosten und möchte wissen, wann das Bildungsministerium die Vergabekriterien für den Innovationsfonds herausgebe.

St Dr. Körner erwidert, das integrative Modell unterscheide sich inhaltlich kaum vom Lübecker Modell. Dass die Ausgestaltung eines Master-Studiengangs erst nach Vorlage der Konzeption des Bachelor-Studiengangs vorgestellt werde, sei ein durchaus übliches Verfahren. Die Kriterien für die Vergabe der Mittel aus dem Innovationsfonds würden den Hochschulen rechtzeitig vor dem 1. September 2004, dem von der Ministerin angekündigten Zeitpunkt der Bewilligung, übermittelt.

Der Ausschuss nimmt den von der Ministerin im Plenum am 26. Mai 2004 vorgetragenen Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Schleswig-Holstein im „Bologna-Prozess“

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3357

(überwiesen am 26. Mai 2004 zur abschließenden Beratung)

Auf eine Frage von Abg. Eisenberg zur Lehrerausbildung führt St Dr. Körner aus, die norddeutschen Wissenschaftsminister hätten aus Gründen der Durchlässigkeit am 15. April 2004 gemeinsame Eckwerte vereinbart. Sollte sich die Kultusministerkonferenz auf ihrer Tagung am 3./4. Juni 2004 darauf verständigen, dass sowohl für das Lehramt an Grund-, Haupt-, Sonder- und Realschulen (4 Jahre Studium, 240 Credit Points) als auch für das Lehramt an Gymnasien und Berufsschulen (5 Jahre Studium) der Master-Abschluss erforderlich sei, werde eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus Schulen und Hochschulen sowie Externen Eckwerte für die Ausgestaltung der universitären Lehrerausbildung in Schleswig-Holstein erarbeiten, die er dem Bildungsausschuss selbstverständlich zuleiten werde. Während die Universität Flensburg hinsichtlich der Umstellung der Lehramtsstudiengänge auf Bachelor und Master schon relativ weit sei - angestrebt werde eine Umstellung zum Wintersemester 2005/06 -, sei an der CAU noch ein intensiver Diskussions- und Abstimmungsprozess vonnöten. Die Diskussionen im Lande würden bei den verschiedenen beteiligten Gruppen intensiviert; so fänden zum Beispiel mit allen Assten in den nächsten Monaten Veranstaltungen statt.

Abg. de Jager thematisiert den Übergang vom Bachelor- zum Master-Studiengang und erkundigt sich, inwieweit sich die Konzeption der Lehrerausbildung, für die - was zu begrüßen sei - der Master-Abschluss verbindlich sein solle, von anderen Studiengängen unterscheide.

Der Staatssekretär äußert, der Bachelor-Abschluss erlaube es den Absolventen, einen Master-Studiengang nachfolgen zu lassen oder ins Berufsleben einzutreten. Hinsichtlich des Überganges von einem Bachelor- zum Master-Studiengang werde die Kultusministerkonferenz keine strikte Quotierung vorgeben; vielmehr hänge der Übergang zum Master-Studiengang von unterschiedlichen Faktoren wie Studiengang, Standort, Kapazität einer Hochschule und nachgefragtem Fächerbedarf ab und sollte der jeweiligen Entscheidung der Hochschule überlassen bleiben.

Abg. Birk spricht sich namens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür aus, die Umstellung für die Einführung der schulartübergreifenden Ausbildung eines Stufenlehrers zu

nutzen. Zudem äußert sie Verständnis für die Sorge der Studierenden, dass die Zugangsmöglichkeiten zum Master-Studium begrenzt würden.

St Dr. Körner macht abschließend noch einmal darauf aufmerksam, dass die Diskussion auf allen Ebenen in vollem Gange und die Umsetzung der Umstellung auf Bachelor und Master differenziert zu betrachten sei. Eine Schulform-Diskussion werde über dieses Thema sinnvollerweise nicht transportiert.

Der Ausschuss nimmt auch diesen Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Werkstattwochen an Hauptschulen

(auf Antrag der CDU-Fraktion; vergleiche Kleine Anfrage Drucksache 15/3435)

Auf eine Frage von Abg. Eisenberg zur Förderung des Werkstattunterrichts an Hauptschulen erwidert St Dr. Körner, in den letzten Jahren habe man alle Anträge positiv bescheiden können. Das Land beteilige sich an der Finanzierung auf der Grundlage der eingegangenen Anträge und der Schülerzahlen. Sollten Mittel nicht ausreichen, könnten im Einzelfall möglicherweise am Ende des Haushaltsjahres noch zur Verfügung stehende Haushaltsmittel gezahlt werden. Mit Blick auf die Entwicklung der Schülerzahlen werde man sich eventuell über Kriterien für die Gewährung eines Zuschlages in bestimmten ländlichen Regionen Gedanken machen.

Abg. Birk regt in diesem Zusammenhang an, eine Art Lerngruppenfaktor zugrunde zu legen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Die Niederschrift über die 49. Sitzung des Bildungsausschusses am 26. Februar 2004 wird auf Wunsch des Bildungsministeriums entsprechend Umdruck 15/4449 korrigiert.
- b) Abg. Schwarz bittet die Landesregierung um einen Bericht in Sachen Frühpensionierung von Lehrkräften.
- c) Abg. Eisenberg bittet das Bildungsministerium um einen Bericht betreffend Kriterien für die Beförderung von Lehrkräften von der Besoldungsstufe A 13 nach A 14.
- d) Auf eine Frage von Abg. Eisenberg teilt St Dr. Körner mit, das Neurozentrum in Kiel werde im August dieses Jahres eingeweiht.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, schließt die Sitzung um 15:00 Uhr.

gez. Dr. von Hielmcrone

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer